

Demokratischen Republik hat, erfüllt von dem Willen zur Verständigung in einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Willy Brandt, konstruktive Vorschläge unterbreitet, deren Annahme es den Westberliner Bürgern ermöglicht, während der bevorstehenden Feiertage ihre Verwandten in der Hauptstadt der DDR zu besuchen.

Zu diesem Zweck war es zu einer Reihe von Kontaktgesprächen gekommen. Sie wurden jedoch im entscheidenden Stadium vom Westberliner Senat durch die Weigerung blockiert, ein Übereinkommen zu unterzeichnen. Dabei versteht doch ein jeder, daß der Übergang an Staatsgrenzen nicht von Privatpersonen, sondern nur von bevollmächtigten Vertretern vereinbart werden kann.

Bei einem solchen Übereinkommen handelt es sich überhaupt nicht um die Anerkennung der DDR bzw. des Senats von Westberlin, sondern um die unerläßliche offizielle Vereinbarung elementarer Schritte im Interesse der Verständigung und insbesondere der Westberliner Bevölkerung. Eine solche Vereinbarung auf gleichberechtigter Basis ist die Voraussetzung dafür, daß jede Seite die Verpflichtung übernimmt und einhält für die ungestörte Durchführung der Regelung des Grenzübertritts für Westberliner Bürger, die Verwandte in der Hauptstadt der DDR haben.

Wir bedauern tief, daß durch die Ablehnung unseres konstruktiven Vorschlages seitens des Westberliner Senats bisher noch nicht die von der Westberliner Bevölkerung erhoffte Vereinbarung erreicht werden konnte.

Die Haltung des in seiner Mehrheit aus Mitgliedern Ihrer Partei bestehenden Senats von Westberlin muß um so größere Enttäuschung und Befremdung hervorrufen, als es sich ja nicht allein um Passierscheine für Westberliner Bürger handelt. Ein Übereinkommen über unser Angebot wäre zugleich ein erster bedeutsamer Beitrag zur Minderung der Spannungen und würde damit der Anbahnung einer Verständigung auch über andere Fragen den Weg ebnen.

Adenauers Politik der Aufrüstung mit dem Ziel der Revanche hat Bankrott gemacht. Es gibt keinen anderen Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage als die gleichberechtigten Verhandlungen und die Verständigung zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten sowie zwischen dem Senat von Westberlin und der Regierung der DDR. Wer gegen offizielle Verhandlungen auf gleichberechtigter Grundlage ist, der ist gegen die Wiedervereinigung! Verhandlungen oder weitere Versteinerung der Spaltung - darum geht es heute in Deutschland. Einen anderen Weg gibt es nicht!